

Prof. Dr. Franz Pallin

12/SN-256/ME

PRÄSIDENT DES OBERSTEN GERICHTSHOFES I. R.
A-1170 WIEN; ALSZEILE 3/5

Wien 1. Juli 1986.

An die

Österreichische Juristenkommission

Beatrixgasse 3

1030 W i e n

2. Juli 1986

4.1 - GE 286

Datum: 15. JULI 1986

16.7.86 fe

Ich bitte nachfolgende Äußerung zum Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes über den Schutz der persönlichen Freiheit dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst zu übermitteln:

Art 1 Abs.3. Diese Bestimmung enthält eine ultima ratio Klausel, sagt aber nichts über das Verhältnismäßigkeitsprinzip aus. Nach diesem müßten an sich rechtlich mögliche Reaktionen, die aber im Verhältnis zur durchzusetzenden Maßnahme unangemessen sind, vermieden werden (vgl. etwa § 193 Abs.3 StPO).

Freiheitsentzüge wegen Art 2, Z.2./Wiederholungs- und Ausführungsgefahr dienen nicht "der Sicherung eines gerichtlichen Strafverfahrens" sondern haben präventiven Charakter.

Art 2, Z.5. Freiheitsentzug zur Erzwingung einer gesetzlich vorgesehenen Untersuchung ist nach der StPO wenn überhaupt, nur in sehr eingeschränktem Maß zulässig (vgl. Foregger-Serini zu § 132 StPO). Es wird daher eine vorsichtiger, der herrschenden Lehre und Judikatur entsprechende Fassung vorgeschlagen, die keine Rückschlüsse in Richtung Erweiterung der einfachgesetzlichen Lage zuläßt.

Art 3. Die Ablehnung des Kumulationsprinzips dürfte nicht als eine Art Wunschvorstellung, die unverbindlich wäre, sondern ^{müßte} ausdrücklich aufgenommen werden 1. bei Idealkonkurrenz und 2. bei gleichartiger Realkonkurrenz der zusammentreffenden verwaltungsbehördlich

strafbaren Handlungen (Beispielsfall: Fahren ohne Führerschein durch längere Zeit). Wenigstens in diesen Fällen müsste ein Gleichklang mit dem gerichtlichen Strafverfahren hergestellt werden und das Absorptionsprinzip verfassungsrechtlich verankert werden.

Mayrhuber